

RMF



Research on Money and Finance

<http://www.researchonmoneyandfinance.org>

mit Unterstützung von Attac Austria und Coorditrad, dem ehrenamtlichen Übersetzungsnetzwerk von Attac International, ohne denen die deutsche Übersetzung dieses Dokuments nicht möglich gewesen wäre

EUROZONE Crisis: BEGGAR THYSELF UND THY NEIGHBOUR:

Executive Summary

Hintergrund

Die Krise der öffentlichen Finanzen Griechenlands und anderer peripherer Länder der Eurozone hat das Potenzial, der gesamten Währungsunion massiv zu schaden. Das Projekt der europäischen Währungsunion wiederum hat Griechenland und anderen peripheren Ländern bereits großen Schaden zugefügt. Es gibt zwei Gründe für die derzeitige Krise des Eurosystems: erstens die asymmetrische Natur der Währungsunion und zweitens die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 bis 2009.

Die europäische Währungsunion hat den Spielraum der Nationalstaaten für autonome Fiskalpolitik drastisch reduziert und eine eigenständige Geldpolitik ganz abgeschafft. Das Fehlen einer nationalen Geld- und Wechselkurspolitik hat den wirtschaftlichen Anpassungsdruck auf den nationalen Arbeitsmarkt verlagert. Dadurch sind die Länder der Eurozone in einen „Wettlauf nach unten“ eingetreten, in dem versucht wird, Wettbewerbsfähigkeit durch Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, Lohnbeschränkungen und Teilzeitarbeit zu erhalten. Dabei haben die ArbeitnehmerInnen gegenüber dem Kapital in der ganzen Eurozone verloren. Das Rennen wurde von Deutschland gewonnen, das seine Arbeiter in Folge der Wiedervereinigung stark unter Druck setzen konnte. Dadurch ist die europäische Währungsunion zu einer Zone mit strukturellen Leistungsbilanzüberschüssen in Deutschland geworden, die durch die Leistungsbilanzdefizite anderer Mitgliedsstaaten finanziert wurden. Die Währungsunion wird dominiert von einer "beggar thy neighbour"-Politik Deutschlands, die gleichzeitig die Löhne seiner eigenen Arbeitnehmer niedrig hält.

Die Krise von 2007 bis 2009 verstärkte die Zwickmühle, in der sich Länder der Peripherie aufgrund der monetären und fiskalischen Strukturen der Währungsunion befanden. Die Krise führte zu einem extremen Mangel an Liquidität der europäischen Banken. Damit diese ihre Position stärken konnten, stellte die Europäische Zentralbank (EZB) in großem Ausmaß Liquidität zur Verfügung. Das Verhalten der EZB aber war ein ganz anderes, als im Jahr 2009 die Mitgliedsstaaten im Zuge der Krise mit einem wachsenden Kreditbedarf konfrontiert waren. Die EZB ließ jeden Mitgliedsstaat im Kampf gegen die Finanzmärkte auf sich alleine gestellt und sah zu, wie die Zinsen stiegen, die Finanzinstitutionen gegen die Staatsverschuldung spekulierten und der Staatsbankrott bevorstand.

Mit einer öffentlichen Schuldenkrise konfrontiert wurden (und werden) die peripheren Mitgliedsstaaten der Eurozone zu gewaltigen Sparmaßnahmen gezwungen. Doch bis zum Frühjahr 2010 haben sie keine Überbrückungskredite erhalten um den Druck zu lindern. Das wirkt sich negativ aus und bietet keine Sicherheit für zukünftiges Wachstum. In der Tat wurden die

peripheren Länder gezwungen, die Konditionalitäten eines IWF -Kredits (Internationaler Währungsfonds) zu akzeptieren ohne jemals einen Kredit zu erhalten.

Bessere politische Alternativen gibt es bereits, jedoch erfordern diese radikalen sozialen und wirtschaftlichen Wandel. Eine Option wäre, die Eurozone durch eine Flexibilisierung der fiskalischen Zwangsjacke, eine Erweiterung des europäischen Haushalts, die Einführung eines europäischen Mindestlohns und eine europäischen Arbeitslosenversicherung zu reformieren. Eine radikalere Alternative wäre ein kompletter Ausstieg aus der Eurozone, die Verstaatlichung der Banken und anderer wirtschaftlicher Schlüsselbereiche sowie die Einführung einer sinnvollen Industriepolitik. In jedem Fall stehen die Länder der Peripherie vor schwierigen Entscheidungen, die soziales Konfliktpotenzial bergen.

Die Mechanismen der Krise

Gewinne für deutsches Kapital, Verluste für die deutsche ArbeiterInnenschaft und die Peripherie

1. Die Währungsunion hat fiskalische Härte verlangt, monetäre Unabhängigkeit aufgelöst und wirtschaftliche Anpassung durch den Arbeitsmarkt aufgezwungen. Die ArbeitnehmerInnen haben zu Gunsten des deutschen Kapitals und des Kapitals der peripheren Länder Anteile an der Produktion verloren.

2. Die deutsche Wirtschaft war gekennzeichnet durch niedriges Wachstum, schwache Produktivitätszuwächse und hohe Arbeitslosigkeit. Aber Deutschland ist es gelungen die Inflation sowie das nominelle Lohnwachstum niedrig zu halten. Die Länder der Peripherie haben sich im Allgemeinen wirtschaftlich besser entwickelt, allerdings sind auch ihre Lohnkosten und die Inflation schneller gestiegen.

3. Deutschland hat seine Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Eurozone nur dadurch verbessert, dass es seine ArbeitnehmerInnen stärker unter Druck gesetzt hat. Nur so hat Deutschland anhaltende Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber der Peripherie bewahren können. Die Überschüsse wurden in ausländische Direktinvestitionen und Bankkredite in der Eurozone umgesetzt.

Die Finanzwelt schafft eine Krise und nutzt sie dann aus

4. Europäische Banken waren nach 2007 mit einem dringenden Bedarf an Liquidität konfrontiert. Außerdem mussten sich die Banken mit den Auswirkungen der vorangegangenen Exzesse auseinandersetzen. Die EZB stellte außerordentliche Mengen an Liquidität zur Verfügung, damit die Banken ihre Bilanzen durch eine Reduktion der Kreditvergabe verbessern konnten. Letzteres verstärkte jedoch die Rezession. 2009 war die Kreditvergabe in der Eurozone rückläufig und Banken erwarben keine langfristigen Wertpapiere.

5. Allerdings setzten die Banken der Kernländer (Deutschland, Frankreich, Niederlande, Belgien) von 2007 bis 2008 ihre Kreditvergaben an Länder der Peripherie (Italien, Spanien, Irland, Griechenland, Portugal) fort. Die grenzüberschreitenden Forderungen von Kernländern an periphere Länder erreichten 2008 1,5 Billionen Euro, was fast dem Dreifachen des Kapitals der Banken der Kernländer entsprach.

6. Die Länder der Peripherie und Kernstaaten benötigten 2009 aufgrund der Krise zusätzliche Mittel in der Höhe von fast einer Billion Euro von den Finanzmärkten. Dies war einerseits notwendig geworden durch fallende Staatseinnahmen (als die Rezession sich verstärkte) und andererseits durch einen Anstieg der öffentlichen Ausgaben um die Finanzwelt zu retten und – möglicherweise – die Nachfrage zu erhalten.

7. Die Staaten mussten sich im ungünstigsten Moment an die Finanzmärkte wenden. Angesichts des Zögerns der Banken Kredite an die Staaten zu vergeben, stiegen die Zinsen auf jegliche Staatsverschuldung drastisch. Finanzkapital konnte gegen die Titel peripherer Staaten spekulieren, während die EZB zusah. Kurz gesagt: Die europäische Finanzwelt wurde gerettet - und hat sich letztlich gegen ihre Retter gewendet.

Alternativen

Es gibt drei mögliche Alternativen für die Länder der Peripherie:

1. Die erste ist eine Sparpolitik gepaart mit weiterer Liberalisierung. Das ist die bevorzugte Wahl der Eurozone wie auch der herrschenden Eliten in den Ländern der Peripherie. Es ist gleichzeitig die schlechteste Lösung. Stabilität wird in diesem Modell nur durch Rezession erreicht und der arbeitenden Bevölkerung werden hohe Kosten auferlegt. Diese Lösung bietet wenig Aussicht auf anhaltendes zukünftiges Wachstum. Sie basiert auf der Annahme, dass Produktivitätszuwächse ein spontanes Resultat der Liberalisierung seien. Sie befasst sich nicht mit den inhärenten strukturellen Asymmetrien, die der Eurozone zu Grunde liegen.

2. Die zweite Lösung ist eine radikale Reform der Eurozone. Sie würde einen größeren fiskalischen Spielraum der Mitgliedsstaaten, ein deutlich erhöhtes europäisches Budget, Finanztransfers von Arm zu Reich, Schutz der Arbeitsplätze, Gehaltsstützungen sowie innereuropäische Investitionen in nachhaltige Industrien beinhalten. Die restriktiven Regeln für den Staatsschuldenankauf der EZB würden ebenfalls gelockert. Diese Lösung könnte man als eine des „guten Euros“ bezeichnen. Abgesehen von politischen Problemen ist es jedoch wahrscheinlich, dass diese Strategie die internationale Rolle des Euros bedroht, weil sie zu einer Wertsenkung der Währung führen würde. Dies wiederum könnte die Nachhaltigkeit der Währungsunion selbst bedrohen.

3. Die dritte Option ist ein radikaler Ausstieg aus der Eurozone. Die Folge wäre eine Abwertung gefolgt von einem Moratorium und einer Restrukturierung der Schulden. Banken müssten verstaatlicht werden und die öffentliche Einflussnahme auf Versorgungseinrichtungen, Transport, Energie und Telekommunikation ausgeweitet werden. Eine Industriepolitik, die Strategien zur Steigerung der Produktivität enthält, würde eingeführt werden. Infrastruktur und umweltbewusste Investitionen könnten ein nachhaltiges und gerechtes Wachstum fördern. Diese Option bedingt jedoch einen entschiedenen Umschwung der politischen Machtverhältnisse zugunsten der ArbeiterInnenschaft. Um ein Abdriften in die nationale Autarkie zu vermeiden müssten die Länder der Peripherie Zugang zu internationalem Handel, Technologie und Investitionen beibehalten.